

Volk-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Erscheinungstag: Sonntag nur morgens, Montag nur abends.
Abonnementpreise in Deutschland und vielen Orten der Provinzen
Brandenburg u. Sachsen 20 Pf. wöchentlich bzw. 65 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich 1.80, halbjährlich 3.40, jährlich
bei Bezug durch die Post monatlich 60 Pf. und vierteljährlich
M. 2.70. — Inserentenpreis für die Zeile 10 Pf., Stellenangebote
und Gesuche 40 Pf. Kleinanzeigen: Das Wort 5 Pf., jedes fort-
gedruckt 1 Wort kostet 15 Pf. — Redaktion und Haupt-Expedition:
S.W., Jerusalem-Strasse 46-48, Tel. Amt Zentral, Nr. 1016-1018.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

Des Neujahrstages wegen erscheint die nächste
Nummer der „Berliner Volks-Zeitung“ Donnerstag,
2. Januar, abends.

Zum Jahreswechsel.

1906	29 000
1907	32 000
1908	40 000
1909	48 000
1910	61 000
1911	78 000
1912	103 000

Siften sind an sich toll. Sie erhalten ihr Leben erst durch das, was dahintersteht. Die sechsstellige Zahl am Schluß der vorstehenden Tabelle ist der Abonnementstand, mit dem die „Berliner Volks-Zeitung“ das Jahr 1912 verläßt und in das Jahr 1913 eintritt. Die Zahl 103 000 bedeutet, verglichen mit der Zahl, die das Jahr 1906 aufweist, daß sich die Zahl unserer Leser in sechs Jahren weit mehr als verdreifacht hat. Dabei hat diese enorme Steigerung ihren Ausgangspunkt genommen von einem Bestände an Abonnenten, auf den es überhaupt nur ein geringer Bruchteil aller deutschen Zeitungen bringt. Ichon große und ansehnliche deutsche Tageszeitungen wären schon sehr zufrieden, wenn sie es nur auf die Hälfte jener 29 000 brächten, die wir am Schluß des Jahres 1906 zu verzeichnen hatten. Die „Berliner Volkszeitung“ hat alle diese Blätter weit überflügelt, weit hinter sich gelassen. Ihr altes, fest begründetes Ansehen, dessen Wurzeln bis in die Jahre der schwärzesten Reaktion in Preußen zurückzuführen, hat eine immer breitere Basis gewonnen. Tausende, aus der Not der Zeit geboren, als Vater im Streit um die gekündeten Bürgerrechte und um die schwer gewonnenen Freigangskampfen des unerschütterlichen Jahres des „Vorkämpfungs“, damals hat die „Volks-Zeitung“ der Freiheitsschlacht des Volkes unerschütterlich den stärksten Rückhalt verliehen. Unter Welt ist sich und der Sache des Volkes seitdem nicht einen Tag untreu geworden. Heute wie damals findet die Sache der politischen Freiheit in den Spalten unseres Blattes einen sicheren Hort. Kann uns irgend etwas mit größerer Gemüthsruhe erfüllen, als die Tatsache, daß es heute mehr als 100 000 anhängliche Leser sind, die unsere Arbeit im Dienste des Volkes durch ihre Treue gegen uns und durch ihr Vertrauen zu uns anerkennen und belohnen? Dürfen wir nicht mit Stolz auf diese Jahre des erfolgreichen Eroberungskampfes unseres Blattes und nicht zum wenigsten mit berechtigter Freude auf das abgelaufene Jahr 1912 zurückblicken, das allem uns emporleitend hunderttausend neuer Anhänger zugewirft hat?

Kraftlos gerichtet sind die hämischen Attacken unserer politischen Gegner von rechts und links, die uns um so mehr mit ihrem Goffe und mit ihren unanständigen Anwürfen beehren, je mehr sie unsere Gutsfrucht kürzen gelernt haben. Wieviel Gift und Galle haben Jahr aus Jahr ein reaktionäre Tageszeitungen so gut wie orthodoxe Zeitschriftenblättern gegen die „Berliner Volks-Zeitung“ verpöht! In den Augen aller redlich Denkenden und aller auf ein anständiges Betragen auch im politischen Leben haltenden hat das unter Ansehen und das Vertrauen der Bevölkerung zu uns nur erhöht. Und wenn in der letzten Zeit auch manche Blätter von links her in gebärdeter und verlogenem Potent sich an uns in verächtlichem Maße gerieben haben, nur, weil wir in einer viele Tausende tief bewegenden Frage in objektiver Weise das Für und Wider von den Beteiligten selbst haben erörtern lassen, so wissen wir, daß auch diese Anwürfe zu unserem Besten dienen werden. Denn noch nie in den letzten beiden Jahrzehnten haben wir in der verhältnismäßig kurzen Zeit von wenigen Wochen so zahlreiche Zusammanungen und Vertrauensfindungen aus dem Kreise unserer Leser, von Gewerbetreibenden, Hausvätern und Arbeitern erhalten, wie jetzt, im letzten Heft des Jahres. Das uns aus Arbeitertreuen zugestellte Material aber den von leitenden Arbeitersprengeln gegen die Behördeführer ausgeübten Terrorismus hat einen für die Vererber des Terroris geradezu verhängnisvollen Einfluß angenommen. Es wird sich weit und weit ausbreiten, ebenfalls drängt es uns, der großen Zahl der Einwanderer für das uns bewiesene Vertrauen den herzlichsten Dank auszusprechen. Die Behördeführer und Anführer sollen nicht ungetroffen verbleiben. Wir bekämpfen den Terrorismus gleichmäßig, er von den reaktionären Schwärzern, oder er von materialistischen Arbeitern

Kurze Chronik.

Der österreichische Oberst Wolfsoch wurde in dem Augenblick verhaftet, als er den Plan der russischen Flucht in Wien zu unternahm.

Der König von Spanien hat dem Ministerpräsidenten Solaes u. Romanones sein Vertrauen ausgesprochen.

Die Befragung der Rossab Yrrouz unternahm eine Enquête in den Parks der anstehenden Genmitz. Ein hundertjähriger Kapitän und ein Jäger wurden getötet, acht Mann wurden verwundet. Die Genmitz hatten zahlreiche Tote.

gegen Arbeiter angewendet wird. Und es wird uns davon sein wichtiges Beispiel der Pharisäer abhalten, die gegen den Terrorismus der reaktionären Parteien in den höchsten Ehren der Entrückung weiten, den Terrorismus der Arbeiter aber gegen Arbeiter nicht nur nicht verdammen, sondern einschuldigen, beschönigen und durch Vergebung Andersdenker löcheren.

Dürfen wir von dem vergangenen Jahre Abschied nehmen mit Empfindungen der Genugtuung und des Dankes für die treue Anhänglichkeit unserer mehr als 100 000 Abonnenten, so dürfen wir in das neue Jahr eintreten mit dem Versprechen, die „Berliner Volks-Zeitung“ immer weiter auszubauen, den Inhalt immer reicher und vielseitiger zu gestalten und so das Band zwischen uns und unseren Lesern immer mehr zu befestigen. Und das alles unter der alten Devise, die unter Welt trotz seiner nunmehr 60 Jahre jugendlich erhalten und zu einer wahrhaft modernen, der Zeit vorausweisenden Zeitung gemacht hat: Alles für das Volk für das Volk!

Kidertrens Nachfolge.

Am 31. Dezember (Wahl-Telegramm.) Die Ratsliche Zeitung erklärt in einem Berliner Telegramm, daß alle in der Woche erwähnten Namen über den Nachfolger Kidertrens auf Vermutungen beruhen. Wähler sei die Frage, wer der Nachfolger werde, noch nicht entschieden. Das ist klar, aber doch unter den Gerüchten der eine oder andere für die Frage der Nachfolge ernsthaft in Betracht kommt, ist eben so klar.

Beleidigungsbildungen und Nachrufe.

Der Präsident des Reichstages Dr. Raumpf hat anlässlich des Hinscheidens des Staatssekretärs des Reichstages Ritters v. Alderlen-Lobowitz, der Schwäger, Freund u. Gemüthsgegenstand die herzlichste Anteilnahme namens des Reichstages ausgesprochen und den Direktor beim Reichstag, Geheimrat Jungheim, beauftragt, am Sarge einen Kranz niederzulegen.

„Popolo Romano“ schreibt zum Tode des Staatssekretärs v. Alderlen-Lobowitz, Deutschland besage den Verlust eines außerordentlich intelligenten Staatsmannes, der stets das Wesentliche der politischen Angelegenheiten mit klarem Blick einzufassen wußte. Die Verbündeten Deutschlands schätzten sich glücklich seiner Trauer an. „Wien“ schreibt, Staatssekretär v. Alderlen-Lobowitz habe durch seinen letzten Besuch in Rom bewiesen, welchen Wert er dem Bündnis mit Italien beilegte. Das Böhmen aber sein Ableben werde aber gemindert durch die Gewißheit, daß sein Werk fortgesetzt werde, und daß die Freundschaft Italiens mit Deutschland mit der Zeit immer enger werde.

Die ungarische Wahlreform.

(Telegraphische Berichte)

Der Entwurf der Wahlreform wurde im Abgeordnetenhaus mit großem Beifall aufgenommen. Es wurde beantragt, die Vorlage einem Spezialauschuß zu überweisen. Zwei Mitglieder der Regierungspartei haben ihren Austritt aus der Regierungspartei angemeldet, weil sie die Ausdehnung des Wahlrechts für nicht wünschenswert halten.

Bei der Abstimmung über den Wahlrechtsentwurf war die Oppositionspartei im Stichgeschick nicht anwesend; sie legt ihr Verbot der Abstimmung fest. Die Vorlage wurde einem Sonderauschuß von vierzig Mitgliedern zugewiesen. Aus der Regierungspartei ist noch ein drittes Mitglied ausgeschieden, weil die Ausdehnung des Wahlrechts ihm nicht weit genug geht.

Oesterreichs Außenhandel.

(Wien, 31. Dezember.)

Nach dem statistischen Ausweis des Handelsministeriums über den Außenhandel des österreichisch-ungarischen Zollgebietes betrug im November die Einfuhr 288, die Ausfuhr 240,4 Millionen Kronen, demnach 24,1 weniger beziehungsweise 37,7 Millionen Kronen mehr, als im Vorjahre. Während der Monate Januar bis November betrug die Einfuhr 3157 die Ausfuhr 2987,4 Millionen Kronen, demnach 300,5 beziehungsweise 185,2 mehr gegen das Vorjahr. Das Passivum der Handelsbilanz in den Monaten

Januar bis November beträgt demnach 769,6 Millionen Kronen gegen 654,8 im Vorjahr.

Die Botschafterkonferenz.

(Telegraphische Berichte)

(London, 31. Dezember.)

Die des Reiches Botschafter, werden sich die Botschafter, die ihre Zusammenkunft im Auswärtigen Amt am Donnerstag nachmittag wieder aufnehmen. Nicht sofort mit der Frage der Wahrung Albanien befaßt, da dieser Gegenstand, besonders der Einfluß Estoras über eine anderartige Behandlung dieser Stadt, zuerst zwischen den Kabinetten von Wien und Rom beraten wird. Erst wenn die österreichisch-ungarische und die italienische Regierung die Wahrung Albanien fragen, die den Gegenstand ihrer Unterhandlungen bilden, abgeklärt haben, wird die Angelegenheit in der Botschafterkonferenz in London zur allgemeinen Beratung gestellt werden.

Serbische Rüstungen?

(Belgrad, 31. Dezember.)

Auf Veranlassung des Reichsministers sind die wichtigsten letzten Rüstungen, die zu Beginn des Krieges nur zu einer Kontrollversammlung einberufen worden waren, zur Ausübung des Garнизонdienstes einberufen worden.

(Belgrad, 31. Dezember.)

„Stampa“ meldet, daß die Stufplänke in der zweiten Hälfte des Jahres einberufen werden soll.

Rumänien und Serbien.

(Bukarest, 31. Dezember.)

In der heutigen Sitzung der Kammer wurde der Deputierte Jorga eine Petition der Rumänen Serbiens, deren Zahl sich auf 150 000 beläuft, und die sich über den Druck von Seiten der serbischen Regierung beklagen, die sie entnationalisiere, Jorga verlangte, daß Serbien den Rumänen denselben Schutz gewähre, den die Serben in Rumänien genießen, die sich der Freiheit erfreuten, Leben und Frieden zu haben.

In Erwiderung auf die Frage Jorgas, ob die Behauptung der Presse richtig sei, daß der Minister die Mobilisierung Rumaniens als bevorstehend bezeichnet habe, erklärte Finanzminister Marghiloman kategorisch, er habe diese Behauptung nicht geteilt, und bitte die öffentliche Meinung, solche Anschuldigungen nicht zu beachten.

Die rumänischen Kompensationsforderungen.

(Bukarest, 31. Dezember.)

Die Ansprüche des Königs an die Serbentoren, die ihm die Antwort des Senats auf die Thronrede überbrachten, war wohl freundlich, ließ jedoch den Ernst der Situation sehr wohl durchschauen. Rumänische Rüstungen führen eine sehr energische Sprache gegen Serbien. Die Nation sei einmütig in dem Verlangen, daß die verlangten Kompensationen bewilligt werden müssen. Der rumänische Gesandte in London Wiffa wird von Dr. Brancu bis Ende dieser Woche definitive Befehle verlangen. Von diesem wird alles abhängen. Bulgarien ist über die Folgen einer Abweisung nicht im Zweifel gelassen worden.

(Wien, 31. Dezember.)

Von Informanten zuverlässiger Seite wird über die Forderungen Rumaniens in Bulgarien mitgeteilt. Rumänien verlange mehr als die Abtretung der Wörberge, die Silifria beherbergen, bis nach Kamarna hin. Diese Vorberge beherbergen die ganze Situation in strategischer Beziehung, und Rumänien würde, falls es dieses Gebiet erhält, auf die Stadt Silifria selbst verzichten. Rumänien verlangt weiter Kompensationen militärischer Natur sowie nationale Genossenschaften, betreffend die Rumänen in Mazedonien.

(London, 31. Dezember.)

Die Botschafter der Großmächte und der gezeichneten Verbände stellten heute nachmittag dem Staatssekretär Grey im Auswärtigen Amt einen Befehl ab.

Die altpensionierten Eisenbahnarbeiter und -arbeiter.

Wir werden um Aufnahme folgender Aufschrift ersucht: Die vor dem 1. Juli 1910 pensionierten Eisenbahnarbeiter und -arbeiter, die dem Staat keine Dienste geleistet und noch hoch Beiträge in ihre Pensionskasse gezahlt haben, befinden sich in der bittersten Not. All ihr Bitten an maßgebender Stelle um eine kleine Aufbesserung ihrer nicht ausreichenden Pensionsbezüge sind fruchtlos geblieben. Interferenzgesuche werden in den meisten Fällen abgelehnt.

Am 5. und 6. Dezember war eine Hauptversammlung der Pensionierten in Berlin. Bei der Versammlung hatten sich die Pensionierten mit der Bitte geseendet, daß ihre sehr niedrigen Bezüge etwas aufzubessern. Die zur Hauptversammlung einberufenen Arbeitervertreter sprachen sich auch einmütig für diesen Antrag aus, aber die Vertreter des Herrn Ministers, der, unbekannt bemerkt, so viel Stimmen auf sich vereinigt, wie alle Vertreter der Arbeiter zusammen, drohte, wenn der Antrag der Pensionierten angenommen würde, hätten die anderen auf Jahre hinaus keine Aufbesserung ihrer Pensionen zu erwarten. Diese Behauptung der Arbeitervertreter seitens des Vertreters des Herrn Ministers bedeutete die Niederlegung der Wünsche der Altpensionäre. Auch lag der Regierungsvorleger, daß durch die Annahme des Antrages ein großer Teil in die Rolle gedrückt wird und auch erst ein verfahrenstechnisches Gutachten eingeholt werden müsse. Daraufhin fand der Antrag nachdrücklich keine Annahme. Demgegenüber ist nachgewiesen, daß die Rolle in den letzten drei Jahren noch 42 Millionen Mark zu verzeichnen hatte. Im letzten Rechnungsjahr belief sich der Lebenslohn aller auf 18 Millionen Mark, so daß das Vermögen dieser Rolle sich im Vergleich mit den 13 Millionen Mark erhöht hat. Eine mehrfache Anzahl ist dieser Rolle infolgedessen garantiert, als falls eine junge zahlende Kraft für eine alte ausfindigende eintritt. Da überhaupt in den letzten fünfzehn Jahren